Wieder monatlich in Stadt und Land

Cottbuser -blatt

Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr.9 Juni 1992 Bitte 1 DM

Lothar Bisky in Cottbus:

Wahl in Berlin zeigte : PDS läßt sich nicht totschweigen

Landtagsfraktion besuchte Cottbuser Region.

Der krisenhaften Situation in der Region Cottbus ging am vorletzten Mai-Wochenende die Brandenburger Landtagsfraktion der PDS/LL auf den Grund. In Gesprächen mit Vertretern von Kommunen, in sieben Betrieben, während eines Polit-Frühschoppens und bei einer öffentlichen Fraktionssitzung stellten die Abgeordneten fest: Der Kahlschlagpolitik durch die Treuhand in der Cottbuser Region muß endlich Einhalt geboten werden! Die Fraktion will sich auch dafür verwenden, daß das Land für die Kommunen einen Nachtragshaushalt beschließt, um die unerträgliche finanzielle Situation zu verbessern.

Die Zeit der leisen Töne sei für die PDS vorbei, sagte Landtagsabgeordneter Lothar Bisky während eines Pressegesprächs in Cottbus. Schärfer, aber brandenburgisch, das sei jetzt die Devise.

Befragt, wie er das PDS-Wahlergebnis in Berlin werte, sagte PDS-Landesvorsitzender Lothar Bisky: "Das bestärkt uns darin - dort, wo die PDS vor Ort wirkt, sich für die Bürgerinteressen engagiert, findet sie Sympathie und Anerkennung. Wir müssen wissen, wie es den Menschen wirklich geht - deshalb sind wir auch hier in Cottbus." Hanebüchen nannte er die Kommentierung des PDS-Wahlergebnisses in der Cottbuser unabhängigen Tageszeitung. Das Blatt hatte die Tatsache, daß die PDS im Osten Berlins rund 30% Stimmen erhielt und in sechs Stadtbezirken stärkste Partei wurde, einfach nicht zur Kenntnis

LAUSITZER RUNDSCHAU 25. MAI

AUS MEINER SICHT

Kein Einbruch

Von Hans-Georg Wackwitz

die Nachricht des Tages. Auch die Nachfolgepartei der SED, die PDS, konnte an ihre Ergebnisse der letzten Kommunalwahl in Ostberlin – immerhin wurden 29,9 Prozent erreicht – nicht anknüpfen. Wenn sich der Trend der

genommen und mit journalistischer Kaltblütigkeit erklärt, die PDS habe an die Ergebnisse der letzten Kommunalwahl nicht anknüpfen können. Die Versuche, die PDS totzuschweigen, so Bisky, sind fehlgeschlagen. "Auch wenn wir kaum auf ein besseres Bild in den Medien hoffen können - es gibt ja noch andere Wege, den Bürgern zu zeigen, daß wir für sie da sind."

(Siehe auch Seite 3)

Buga finanzierbar?

Die PDS/LL-Fraktion beantragte im Stadtparlament, der OB möge auf jeder Sitzung über die Finanzierung der Buga berichten. Verträge mit beträchtlichen Belastungen für die Stadt sollen vorläufig nicht geschlossen werden. Sind die nötigen Finanzierungsquellen bis November nicht erschlossen, sollte die Super-Gartenschau evt. abgeblasen werden. Der Antrag wurde auf September vertagt. Was der OB aber im Mai zur Finanzierung sagen konnte, war mager!

Er vertröstet auf Beratungen Anfang Juni, wo Fördermittel locker gemacht werden sollten. Zu befürchten ist, daß die Stadt für ein Lieblingsprojekt Weniger blecht, statt soziale Aufgaben (Wohnungen, Gesundheit, Behinderte, Straßenbau, Grün für Schmellwitz) zu unterstützen.

Mietenlügen - mit uns nicht!

Das ist schon eine Meisterleistung! Erst erklärt die Ministerpräsidentenrunde, 1992 wird es keine Mieterhöhungen geben, und dann sickert durch, daß uns einen Tag später, ab 1.1.93 wieder kräftig in die Tasche gelangt werden soll! Und Frau Schwaetzer wiegelt ab und schwätzt von Wohngeld einher. Aber jetzt reicht's uns! Wir verlangen Mieterhöhung nur für Besserverdienende und Subventionierung der Wohnungssanierung und des Wohnungsbaus aus Mitteln des Kriegshaushalts! Außerdem möchten wir als Grundlage für Mietenpolitik endlich mal eine reale Statistik über die tatsächlichen Einkommen lesen, aufgeschlüsselt nach Arbeitslosen, Vorruheständlern, Rentnern und Erwerbstätigen!

Cottbuser, beteiligt euch an den Aktionen des Brandenburger Mieterbundes! Zieht mit nach Bonn zur Mahnwache gegen die Mietenpolitik und gegen die ständige Verscheißerung des Volkes durch die Politiker!

(Siehe auch Seite 6) (siehe Seite 6)

Den Mund zu voll genommen

Cottbuser Finanzhaushalt in Nöten

Den Mund zu voll genommen haben die Cottbuser Stadtväter der großen Koalition. Wer konnte auch den Bundes-Ammenmärchen glauben, daß Fördermittel und Steuerabgaben für die Kommunen nur so fließen werden? Nun stehen die Finanzen vor der Pleite - und Bauvorhaben wie Nordring oder Berliner Straße in den Sternen. An der DDR kritisiert, doch wie gehabt praktiziert: Wo's nicht reicht, wird gestrichen!

Katastrophal ist die Lage im Schulwesen. (Dezernent Neisener vor der PDS-Fraktion: Er sei ein einsamer Rufer in der Wüste.

Die Mittel für Bildung müssen endlich als vordringlich angesehen werden, sonst können Sie den OB gleich um Ablösung des Bildungsdezernenten bitten ...) Die Stadtverordneten befürworteten ein Schreiben an die Landesregierung, in dem Herr Neisener mehr finanzielle Unterstützung einfordert.

Es fehlen Mittel für Schulneu- und Umbauten. Dem Schulamt wurden vom Land 160 Lehrerstellen gestrichen, in der Stadt fehlen aber 70 Lehrer (Sprachen, Politische Bildung, Musik, Arbeitslehre). Aus Lehrerkreisen hört man immer öfter: "Ein Chaos! Vielleicht guckt man mal, wie's die DDR gemacht hat?"

Warum kam Herr Häßler nicht?

Zu einem Politfrühschoppen hatte die Cottbuser PDS am 10. Mai eingeladen. Thema: "Der Streit um die Brandenburger Landesverfassung." Aber leider stellte sich nur einer der Gesprächspartner den Fragen der Besucher: Karl-Heinz Vietze, PDS-Landtagsabgeordneter. Herr Häßler, Landtagsabgeordneter der CDU, drückte sich. Dreimal dürfen Sie raten, warum.(Siehe Seite 5)

-blatt jedenfalls findet den Verfassungsentwurf, den Umständen entsprechend, ganz tragbar - im Gegensatz zu Herrn Fink.

Deshalb gehen wir am 14. Juni zum Volksentscheid über die Verfassung! Sie auch?

Im Gespräch

Ende April trafen sich Genossen von DKP und PDS. Es war ein trotz unterschiedlicher Auffassungen nützliches Gespräch.
Wir lehnen die Forderung einiger PDS-Mitglieder aus anderen Ebenen ab, die DKP solle sich auflösen oder als kommunistische Plattform in die PDS integrieren. Jeder muß schon seinen politischen Standpunkt selbst bestimmen können. Von beiden wurde betont, daß eine umfassende sozialistische Bewegung notwendig ist, um im Interesse der Lohnabhängigen gegen neokonservative Kräfte bestehen zu können.
Den deutschen Imperialismus gibt es ja nach wie vor. Doch der Kapitalismus kann nicht das letzte Wort in der Geschichte sein, wenn nicht die Menschheit zugrunde gehen soll.
Die gegenwärtigen Tarifkämpfe beweisen eindeutig, daß der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit weiter besteht. Über den Begriff Arbeiterklasse als revolutionäre Kraft wie es Karl Marx im Kommunistischen Manifest formulierte, muß man allerdings nachdenken.
Auch hinsichtlich der Beseitigung des Privateigentums gab es unterschiedliche Auffassungen. Darüber könnte man in den Basisorganisationen diskutieren. Nutzt deshalb die Angebote der AG Sozialistische Bildung!
Was mir allerdings nicht gefallen hat, ist, daß die DKP-Genossen sich als die Wahrer des echten Kommunismus hinstellten. Das widerspricht sogar ihrer durchaus zu unterstützenden Forderung nach Bündelung aller linken Kräfte zur Veränderung der gegenwärtigen kapitalistischen Welt.

Heinz Jurischka

MEINE MEINUNG

Multikulturelles Fest nicht ohne Spannungen

Herzblatt: Frau Turski, wie war das "Multikulturelle Fest" im Mai? Sie haben die Vorbereitung ja im wesentlichen in den Händen gehabt.
Birgit Turski: Unser Anliegen war es, Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Ansprüchen zusammenzuführen und Verständnis für eben diese Unterschiede zu wecken und zu verstärken. Dabei spielte natürlich die Begegnung mit kulturellen Ausdrucksformen anderer Völker eine große Rolle.
Herzblatt: Was gab's für Höhepunkte?
Birgit Turski: Am Vormittag des 9. Mai den Auftritt der belorussischen Kinder vom KAJA-Projekt und am Nachmittag die Talk-Runde "Multikulturelle Gesellschaft - was soll das sein?" Nicht geringschätzen möchte ich aber die anderen Programmpunkte, z.B. die Darbietungen vietnamesischer, sorbischer und japanischer Folklore, den Frankfurter Spielmannszug, die Saspower Dixiland-Stompers, Heinz Drähns "Kuddeldaddeldu", einen algerischen Schauspieler, die Liedermacher Gerold Gelka und Reinhold Andert.
Herzblatt: Man konnte beobachten, daß viele junge Menschen, die nach ihrem Auftreten offensichtlich der rechten Szene zuzuordnen sind, kamen. Wie hat sich das auf die Veranstaltung ausgewirkt?
Birgit Turski: Das Fest war öffentlich, und bei einer solchen Thematik haben wir diese Reaktion erwartet und angenommen. Es waren ja nicht nur Rechte da, auch Vertreter der linken autonomen Szene, und das brachte eine gewisse Spannung. Aber die Auseinandersetzungen verliefen ausschließlich auf Diskussionsebene. Das hat uns bestärkt darin, daß man miteinander sprechen kann, ohne Gewalt anzuwenden. Mit ihrer Teilnahme haben die Vertreter von DA und NDP praktisch bestätigt, daß man sich mit dem multikulturellen Charakter unseres Alltags auseinandersetzen muß.
Herzblatt: Wie hat die Cottbuser Bevölkerung das Fest angenommen?
Birgit Turski: Gemessen an dem humanistischen Anliegen des Fests, war die Teilnahme von 500 Leuten ernüchternd. Wir hätten mehr Resonanz, auch aus der PDS und von Sympathisanten, erwartet.
Herzblatt: Bleibt das Fest eine Eintagsfliege?
Birgit Turski: Solche aufwendigen Aktionen wird es sicher nicht so bald wieder geben. Das Thema aber wird natürlich in unterschiedlichen Veranstaltungen weiter eine Rolle spielen.

Basisgruppe 88:

Alle mischen mit

Wir sind zwar nicht mehr so viele wie am Anfang, aber die dabei geblieben sind, machen aktiv mit. Es vergeht kaum eine der monatlichen Versammlungen, in denen nicht mitunter heftig darüber gestritten wird, wie wir recht viele Mitbürger erreichen können.
Und das bringt echt was! Unser Gruppenvorsitzender, Genosse Klaus Fischer, jung und kreativ, hat immer Neues drauf, um möglichst alle mit einzuspannen. Ob es nun bei der Verteilung des von ihm verfaßten "Linkslastigen Blattes" mit wichtigen Informationen über die Politik-Beiträge der PDS oder der Organisation bürgerverbundener Aktionen wie der Säuberung eines benachbarten Waldstückes ist. Der soziale Frust im Wohngebiet Herderstraße/Anne-Frank-Straße ist groß. Viele sind vom rigorosen Umgang mit ehemaligen Staatsbetrieben betroffen. Deshalb finden wir mit unseren Worten Gehör. Ein Spiegelbild davon ist die im allgemeinen pünktliche und bei allen ehrliche Zahlung der Mitgliedsbeiträge. Wie uns ums Herz ist, schrieben wir kürzlich dem Genossen Hans Modrow, indem wir ihm auch unser Vertrauen aussprachen.

Gert Schlue

Bistro zum Bergmann - das einzige kleine Lokal, das vom ehemaligen Gaststättenkomplex in der Leninallee übrig geblieben ist. Bäcker, Schuhhaus, Jeansmode-Haus, Blumen- und Papierladen, Spielhölle und Schlüsselservice sind schon untergebracht. Und nun kommt noch eine Außenstelle der Deutschen Bank hinzu. Ergo: Wo früher eine Kneipe stand, wächst heute eine Bank.

Wenn Sie ständiger Leser unserer Zeitung werden wollen, erwerben Sie ein

Jahresabonnement

Mit 10 DM für 12 Zeitungen sind Sie dabei. Herzblatt erscheint jetzt jeweils am Monatsanfang. Sie erhalten das Blatt dann über unseren Zustelldienst. Schicken Sie nebenstehenden Abo-Auftrag an den Kreisvorstand der PDS Cottbus, R.-Breitscheid-Straße 11, 7500 Cottbus

Ich bestelle hiermit ein Jahresabonnement der

Zeitung -blatt ab Monat 1992

Name.....Vorname.....

Str./Nr.....PLZ/Ort.....

Den Abo-Preis habe ich

○ auf das KT 0034009402 der Sparkasse Cottbus, BLZ 180 52782 überwiesen.

○ zahle ich persönlich beim Kreisvorstand der PDS, Breitscheid Straße 11 ein.

Ort.....

Datum.....

Unterschrift.....

PDS/LL-Fraktion plant nach Besuch der Cottbuser Region:

Große Anfrage im Landtag zur wirtschaftlichen Situation

Zwei Tage besuchten die Abgeordneten der PDS/LL-Fraktion des Brandenburger Landtages die Lausitzregion um Cottbus. Hier, in Guben, Forst, Welzow, Spremberg und Senftenberg führten sie Gespräche mit Bürgern, Kommunalpolitikern, Unternehmens- und Arbeitnehmervertretern - vordringlich zur wirtschafts- und sozialpolitischen Situation im jeweiligen Territorium.

In Cottbus und Umgebung wurden neben dem Fraktionsvorsitzenden Lothar Bisky die Abgeordneten Kerstin Bednarsky, Michael Schumann und Heinz Vietze wirksam. Während des am 24. Mai im Kulturhaus Bonnaskenplatz stark besuchten Polit-Frühschoppens wiesen Lothar Bisky und Kerstin Bednarsky auf die Volksabstimmung zur Brandenburger Verfassung am 14. Juni hin. Das überzeugende "Ja" zur Verfassung bedeutet, trotz in ihr vorhandener Schwächen, das aus der 89'er Volksinitiative erwachsene Demokratieverständnis und politische Selbstwertgefühl der Bürger im Land Brandenburg zu festigen. Es käme einer Ablehnung der von Bonn angestrebten politischen Vormundschaft für die Menschen in den neuen Bundesländern gleich.

Zahlreiche Fragen zum Widerstand gegen weitere bevorstehende Mieterhöhungen, gegen den § 218, zu den Rechten Sorbischer Bürger, zum überwiegend schädlichen Wirken der Treuhand, zur Kita-Situation wurden diskutiert.

Der Gedankenaustausch am Sonntag Nachmittag mit Vertretern des Arbeitslosenverbandes und der Cottbuser Stadtverwaltung vermittelte den Abgeordneten wichtige Einblicke in die wirtschaftsstrukturelle Situation der Stadt. Sie ist zur Zeit durch den absoluten Niedergang der Textilindustrie und weitgehende Vernichtung der Nahrungsmittel-Branche geprägt. Gleichzeitig wurde der Riesenumfang wachsender sozialer Probleme bei Arbeitslosen und anderen aus dem Arbeitsprozeß Ausgegrenzten verdeutlicht. Schockierend sei, so sagte die Vorsitzende des Brandenburger Arbeitslosenverbandes, Frau Balt, eine Studie über die Situation Betroffener. 25% der Befragten äußerten, lieber wollten sie sich einen Strick nehmen als um Sozialhilfe zu betteln.

Auf große Unzufriedenheit stößt die Praxis der Treuhand, die im Industriegebiet Cottbus-Ost eine effiziente Gewerbe-Neuansiedlung für mittelständische Betriebe behindert. Leider ist vorstellbar, in wessen Auftrag sie wirkt.

Am Montag vormittag wurden u.a. Gespräche in der LAUBAG Tagebau Cottbus-Nord, der Edelfisch-GmbH Peitz und im Kraftwerk Jänschwalde geführt. Für den Cottbuser Raum bedrückend die LAUBAG-Aussage, daß ca. 80% der bis 1993 aus diesem Betrieb zu Entlassenden (rund 10000!) Frauen sein werden.

Lothar Bisky (r.) und weitere Abgeordnete im Gespräch mit der Presse

Eine öffentliche Fraktionssitzung am Nachmittag faßte die Ergebnisse aller Gespräche zusammen.

Nach lebhafter Aussprache, an der sich auch zahlreiche Gäste beteiligten, zog Lothar Bisky notwendige Schlußfolgerungen sowohl für die parlamentarische Arbeit der Fraktion als auch für außerparlamentarische Aktionen im Land Brandenburg. In Auswertung aller Hinweise und Forderungen, die die Abgeordneten in den zwei Tagen erfaßten und die gründlich aufbereitet werden, wird die PDS/LL-Fraktion eine große Anfrage zur wirtschaftlichen Entwicklung der Cottbuser Region in den Landtag einbringen.

Dabei wird eine schnelle Verabschiedung der immer noch ausstehenden Energieleitlinien von der Landesregierung eingefordert. Hierbei soll auch die widersprüchliche Haltung der Landesregierung zur Entwicklung des Tagebaus Jänschwalde mit dem Problem der Ortslage Horno aufgeklärt werden.

Der Ministerpräsident wird aufgefordert, die Praxis der Treuhand dahingehend zu beeinflussen, weitere Entscheidungen für die Region und nicht gegen deren Menschen zu treffen. Damit die Peitzer Edelfisch-GmbH weiterbestehen kann, müssen z.B. schleunigst die Eigentumsverhältnisse geklärt werden.

Die PDS-Fraktion wird eine Studie zur Schaffung eines alternativen Strukturprogramms im Lausitzer Raum erarbeiten lassen, in der Auswege zur Änderung der derzeitigen verheerenden Wirtschaftspolitik aufgezeigt werden.

Im September ist eine öffentliche Anhörung durch die Fraktion der PDS in Cottbus zum gleichen Problemkreis geplant.

Zitiert zur Zeit

Aus der Geschichte Lehren zu ziehen ist wissenschaftlich diffizil und politisch viel zu brisant, als daß man dies ausgerechnet einem Gremium von etablierten Politikern überlassen sollte, deren Meinung wieder einmal schon längst feststeht: die DDR war ein Unrechtsstaat, beschaffen wir dafür die Beweise und bestrafen wir diejenigen, die diese DDR unterstützten.

Uwe-Jens Heuer, Bundestagsabgeordneter der PDS/Linke Liste

Die Geschichte kennt keine Moral und liebt die unerwartete Wendung. Wer von den "Siegern der Geschichte" ... allzu laut redet, überhört vielleicht, daß die Geschichte bereits wieder kichert.

Christoph Hein, Schriftsteller

Was sich anderswo längst die Hakken abgelaufen hat, schwappt in den Osten, aus dem man nicht mehr abhauen kann.

Regine Sylvester, Publizistin

Die Bundesregierung hat nichts anderes zu tun gehabt, als das Volkseigentum der ehemaligen DDR-Bürger so billig wie möglich an irgendwelche Interessenten zu verscherbeln. Ein Diebstahl in Ostdeutschland, der seinesgleichen sucht. Im Ergebnis ist aus der deutschen Frage die soziale Frage geworden.

Stefan Heym, Schriftsteller

Ich habe die Sorge, daß der Eindruck entstehen könnte, die Vergangenheit - das ist eine ostdeutsche Sache.

Rainer Eppelmann, Bundestagsabgeordneter der CDU

Ich sehe bis heute keinen Grund, die Impulse zu verleugnen, mit denen ich Kommunist gewesen bin. Umso weniger, als durch die deutsche Einheit das stärkere, nicht das bessere Regime gesiegt hat.

Rudolf Bahro, DDR-Regime-Kritiker, Philosoph

Cottbus - Land: Sagt uns, wo`s klemmt

Siegfried Dilk

Seit fast zwei Jahren existiert nun der neue Kreistag im Kreis Cottbus-Land und mit ihm die Fraktion der PDS. Fünf Genossen unserer Partei bemühen sich redlich, die Interessen ihrer Wähler zu vertreten. Noch heute gehört es leider zum guten Ton der CDU-Fraktion, daß sie generell jeden Antrag der PDS ablehnen muß oder zumindest im Inhalt die verschiedensten Änderungen wünscht.

So machten wir bereits vor einem Jahr auf die komplizierte Situation bei Schließung kleiner Land-Verkaufsstellen aufmerksam und fragten nach möglichen Regularien seitens der Kreisverwaltung. Die Antwort lautete sinngemäß: 'Die Zeiten der Kommandowirtschaft sind vorbei. Die Einkaufsbedingungen auch in den ländlichen Gebieten regelt der Markt allein.' Das Ergebnis haben wir nun - bitter für viele!

Trotz alledem bemühen wir uns immer wieder, Bürgeranliegen und -anfragen einzubringen. Allerdings ist die konkrete, umfassende Sachkenntnis zu vielen Fragen im Kreis Cottbus-Land nicht immer gegeben. Beim besten Willen können wir auch nicht vor jeder Kreistagssitzung alle Basisgruppen aufsuchen. Gebt uns deshalb mehr Informationen, reicht sie dem Kreisvorstand in der Breitscheid-Str. zu! Interessiert sind wir jetzt z.B. an Meinungen zur Ämterbildung und zur Kreisgebietsreform.

Rainer Kakuschke

Schulen kommen Stadt zu teuer

Eltern sollen zahlen

In einem Brief ans Bildungs- und Innenministerium des Landes (wir berichteten auf Seite 1) fordert Bildungsdezernent Neisener Zustimmung zu neuen Regelungen im Schulwesen. Die Stadt zahlt acht Millionen DM allein für Zuschüsse zu Schülerspeisung, Hort und Fahrtkosten, hat aber nur eine Million DM für Werterhaltung von Schulen zur Verfügung. Zugunsten dieser Position will Herr Neisener nun abermals die Eltern zur Kasse bitten. Sie sollen höhere Beiträge für Hort, Schulspeisung usw. zahlen. So notwendig mehr Mittel für die Werterhaltung von Schulen, Turnhallen usw. auch sind - auf die Eltern kann man das nicht abwälzen! Sollen Kinder künftig unbezahlbar bleiben für Eltern? Schon jetzt zeigt sich ein erschreckender Rückgang der Geburtenraten.
Im Schulwesen sind endlich Land und Bund gefordert!

Gedanken zum Volksentscheid über die

Landesverfassung Brandenburg

Für den 14. Juni 1992 sind wir alle durch den Landtag Brandenburg zum Volksentscheid über die künftige Verfassung des Landes Brandenburg aufgerufen. Dabei begegnen uns mehrere Schwierigkeiten.

1. Unkenntnis des Inhalts

Obwohl die Medien bei aller Freiheit eine Informationspflicht gegenüber dem Bürger haben, enthält die Lausitzer Rundschau mit fadenscheinigen Vorwänden einem Großteil ihrer Leser die dafür vorgesehene Beilage zur Zeitung vor! Gerade deshalb sollte sich jeder Bürger mit dem Inhalt vertraut machen und dazu folgende Möglichkeiten nutzen:
- Auslage in der Stadtverwaltung, Neumarkt 5 und in den Stadtteilverwaltungen
- Beschaffung über Bekannte, Freunde und über Parteien oder politische Bewegungen des eigenen Vertrauens
- wiederholte Forderungen an die Lausitzer Rundschau

2. Unterschätzung der Bedeutung

Natürlich kann eine Landesverfassung nicht alle Alltagssorgen lösen. Auch sind die Gesetzgebungskompetenzen der Bundesregierung zu beachten. Dennoch können die Bundesländer so wichtige, jeden einzelnen Bürger betreffende Fragen wie z.B. Arbeits-, Sozial-, Gesundheits- und Kulturrecht, Bildung, Ausbildung, Wirtschaft, Kernenergie, Ernährung, Lebensmittelrecht, Umwelt- und Naturschutz und vieles mehr allein regeln oder dabei gewichtig mitreden. Weltweit geht die politische Entwicklung fort vom Zentralismus und hin zur Entscheidung in der Region.
Viele von uns klagen über neue Formen von Bevormundung und mangelnde Mitsprache bei Entscheidungen. Wer es mit seiner eigenen Mitsprache ernst meint, sollte sich darum selbst ein Urteil über die zum Volksentscheid gestellte Verfassung bilden. Wer seine Meinung vertreten will, der soll sich am Volksentscheid beteiligen!

3. Meine Meinung zum Inhalt

Die Verfassung gibt dem Bürger alle Grundrechte und politischen Rechte, die heute zum allgemein anerkannten Standard gehören.
Artikel 7 (2) betont: "Jeder schuldet

Von
MR Dr. Dietrich Loeff
PDS - Stadtverordneter

jedem die Anerkennung seiner Würde." Zu meiner Überraschung las ich aber, daß sich manche Politiker mit diesem Satz schwer tun. Wollen sie nur ihre eigenen Grundrechte verfechten? Ganz wichtig und deshalb auch heiß diskutiert ist die Möglichkeit der Volksgesetzgebung nach dieser Verfassung. Mit Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden können die Bürger auf die Gesetzgebung unmittelbar Einfluß nehmen, wenn sie das für erforderlich halten und genügend Unterschriften und Stimmen aufbringen. Dagegen ist eingewandt worden, die in den Artikeln 76 - 79 genannten Stimmenzahlen, die sogenannten Quoren, seien zu niedrig angesetzt, sodaß eine eifrige, politische Minderheit hier übertriebene Einflußmöglichkeiten hätte. Ich meine aber, daß gerade wegen der verbreiteten Politikverdrossenheit diese Quoren so angesetzt sein sollen, daß Bürgerbewegungen eine reale Chance auf Mitsprache haben. Viel Kritik findet gegenwärtig der umfangreiche Katalog sozialer Rechte, die in Artikel 45 - 51 aufgezählt sind. Es wird eingewandt, das sei ein Wunschkatalog, mit dem Brandenburg wirtschaftlich nicht attraktiv für Investoren sei. Diese Rechte seien in der Marktwirtschaft undurchführbar und vielleicht seien sie sogar mit dem Grundgesetz unvereinbar. Dabei wird verschwiegen, daß solche Rechte in Landesverfassungen der Altbundesländer auch enthalten sind. Das sagt der Jurist. Urteilen Sie selbst über folgendes Zitat: (Quelle: Dieter Hesselberger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesverfassungsgerichtes: Das Grundgesetz, Kommentar für die politische Bildung.)
"Das Grundgesetz enthält keinen besonderen Katalog spezifisch sozialer Grundrechte. Die Verfassungen einzelner Bundesländer gehen hier z.T. über das Grundgesetz hinaus und garantieren:
a) den Schutz der menschlichen Arbeitskraft (Art. 28 der hess. Verf.);
b) ein Recht auf Arbeit (Art. 27 hess. Verf., Art. 8 Bremer Verfassung);
c) einen Anspruch auf angemessene Wohnung (Art. 14 Bremer Verf.);
d) ein Recht auf Bildung (Art. 128 bayer. Verf.; Art. 27 Bremer Verf.; Art. 8 nordrh.-westf. Verf.; Art. 31 rh.-pf. Verf.)
Einen Katalog sozialer Rechte mit der Qualität einfachen Bundesrechts (nicht Verfassungsrang!) garantiert die Europäische Sozialcharta von 1964."
Was mich weiter am Verfassungsentwurf überzeugt, nenne ich in Stichworten:
- Minderheitenschutz,
- Natur- und Umweltschutz,
- Petitionsrecht (Art. 24; wird viel zu wenig genutzt!),
- Nutzung des Bodens im besonderen Maße dem Allgemeinwohl verpflichtet (Art. 40; hochaktuell!).

Nach den großen Veränderungen in Deutschland braucht die Bundesrepublik insgesamt eine neue Verfassung. Eine mit viel Mühe aus aktuellen Erfahrungen heraus erarbeitete Verfassung unseres Landes Brandenburg wäre auch dazu ein wertvoller Beitrag. Also wenn Sie mich fragen: Ich rate Ihnen: Stimmen Sie mit Ja.

stiche

Keine Politik gegen die Kinder

Das fordert ein Flugblatt der Initiativgruppe Kitas, das zugleich zu Protesten aufruft gegen die Kürzung der Sozialausgaben für die Kitas von 50 auf 35 Millionen DM und sich dafür ausspricht, daß bestehende Kita-Plätze erhalten bleiben, daß Sozialtarifverträge abgeschlossen und Umschulung oder Qualifizierung für gekündigte Kindergärtnerinnen gewährleistet werden.
Die PDS-Stadtverordneten haben sich an die Landtagsabgeordneten gewandt mit der Forderung, das Kita-Gesetz unbedingt zu verbessern. Die dort festgelegten Betreuungsmöglichkeiten für 40 von 100 Krippenkindern und 90 von 100 Kindergartenkindern sind ein Hohn auf schon einmal Erreichtes und würden künftig das Recht auf Kita-Plätze durchlöchern.
Leider kam die PDS mit ihren Anträgen im Landtag nicht durch und konnte dem Gesetz deshalb ihre Stimmen nicht geben. Ihre Forderungen bleiben: Weg mit den Quoten und Elternbeiträgen, Übernahme von 50 Prozent der Betriebskosten durch das Land!

Kita-Kräfte chancenlos?

Eine Anfrage zum Stand der Umschulung bzw. Qualifizierung der gekündigten Kita-Kräfte stellte die PDS-Fraktion auf der Parlamentssitzung Ende Mai. Die Verantwortung dafür müsse die Stadtverwaltung tragen und dürfe nicht aufs Arbeitsamt abgeschoben werden.
Es geht ja wohl auch nicht an, daß ausgebildete pädagogische Kräfte Angebote als Gebäudereiniger erhalten. Die Antwort wird schriftlich gegeben.

Was nun, Herr Fink?

Über eine Verfassung, ihre Befürworter und Gegner in der Vogelschar

Wenn wir Cottbuser am 14. Juni zum Volksentscheid über den Brandenburger Verfassungsentwurf gehen, dann sollten wir uns durchaus noch einmal vergegenwärtigen, daß diese Verfassung heftige Gegner hat. Es sind Herr Fink, Landesvorsitzender der CDU, und seine Anhänger.

O weh, DGB!

Wenn man bedenkt, daß dieser Mann Vizechef des bundesrepublikanischen DGB ist, kann man eigentlich nur den Kopf schütteln. Ist er doch stolz darauf, daß solche sozialen Rechte wie Recht auf Arbeit, Wohnung und Bildung, für die eine Gewerkschaft, so möchte man glauben, auf die Straße geht, nicht als einklagbare Rechte im Verfassungsentwurf formuliert werden konnten. Weil aber vieles andere aufgenommen wurde, so zum Beispiel weitgehende demokratische Rechte wie Volksentscheid und Volksbegehren, Natur- und Umweltschutz, die im besonderen Maße dem Allgemeinwohl verpflichtete Nutzung des Bodens - deshalb ist Herr Fink dagegen!

Die Quittung

Freilich gibt es auch berechtigte Einwände unsererseits gegen die Verfassung, die der Marktwirtschaft huldigt und zum Beispiel auch keine klare Frauenpolitik (§ 218!) formuliert. Wenn allerdings die CDU so heftig dagegen ist, ist das auch ein Zeichen, das die demokratischen Kräfte allerlei erreicht haben.

Herrn Fink hat seine ausgesprochene Kontra-Politik jedenfalls nicht allzuviel eingebracht. Zumal viele klardenkende und realistisch sehende Leute in Brandenburg als Alternative selbst in CDU-Reihen Herrn Diestel vor Augen haben, der seine Gegnerschaft zu Ulf Fink denn auch auf die Spitze trieb und als Chef der CDU-Landtagsfraktion zurückgetreten ist. Ihm folgte Herr Helm im Amt, der gleich scharfmacherisch wurde.

Natürlich hat Herr Fink auch im Cottbuser Stadtparlament Anhänger und Gegner unter den CDU-Abgeordneten, wie könnte das anders sein. Wichtiger allerdings noch ist, was die Leute über ihn denken, und das tut weh! Weist das jüngste "Brandenburg-Politogramm" von infas Mitte Mai doch aus, daß Ulf Fink als möglicher Gegenkandidat für Ministerpräsident Manfred Stolpe nur drei Prozent der Stimmen der Leute erhalten würde. Was nun, Herr Fink?

13. MAI 1992

LAUSITZER RUNDSCHAU

UNABHÄNGIGE ... TUNG

infas-Politogramm:

Brandenburger besorgt

infas folgendes aus: Der Ministerpräsident hat an Ansehen nicht eingebüßt, vier Fünftel der Brandenburger würden ihn wie zu allen Zeiten seit 1991 bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten ihre Stimme geben.

Auf seinen möglichen Gegenkandidaten, Ulf Fink (CDU), entfielen derzeit gerade drei Prozent der Stimmen. Immerhin 32 Prozent sind je-

Fink: West-Firmen bisher an Einheit nur verdient

Bonn (ADN/ve). Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse (CDA), Ulf Fink, hat an die westdeutschen Unternehmer appelliert, ihrer nationalen Verantwortung gerecht zu werden und mehr in den neuen Ländern zu investieren. Das sei entscheidend

Gegenoffensive

Da muß der Herr natürlich was für sein Image tun. Und das tut er. Abgesehen von seinen heftigen Angriffen auf Ministerpräsident Stolpe und seinen CDU-Kollegen Diestel, die ja bekannt sind und über die man hier nicht reden muß, wird er nun national und beschimpft, ei der Daus, sogar die westdeutschen Unternehmer! Als Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse appelliert er an sie, ihrer nationalen Verantwortung gerecht zu werden und in den neuen Ländern mehr zu investieren. (Was mag ein Unternehmer wohl für seine nationale Verantwortung halten?) Die Unternehmen in den alten Ländern, so Fink, hätten bisher an der Einheit nur verdient und sich mit Investitionen zurückgehalten. Ach wie sozial, Herr CDU-Landesvorsitzender! Aber ob diese Gegenoffensive ausreicht, die Leute wieder auf seine Seite zu ziehen?

Nagelprobe

Eine Nagelprobe wird letzten Endes der Volksentscheid über die Verfassung sein. Halten sie mehr als die Hälfte der Brandenburger für tragbar, dann wird das auch eine Abfuhr für die Herren Helm und Fink sein. Ob sich in diesem Falle mal die Rotkehlchen, die Grün- und Diestelfinken gegen den schwarzen Fink zusammentun?

Geka

Worüber man in Cottbus redet

Ziemlich durcheinander

Wie aus Sachsendorf verlautet, soll unlängst in einer CDU-Ortsgruppe eine Diskussion über den Brandenburger Verfassungsentwurf stattgefunden haben. Prominenter Gast: CDU-Landtagsabgeordneter Herr Häßler. Dem Vernehmen nach kam der Herr, breitete seine Papiere aus, las daraus vor, warum der Brandenburger CDU-Landesvorsitzende Ulf Fink den Verfassungsentwurf ablehnt, und wunderte sich dann, daß nicht alle Anwesende das so gut fanden. Ja, es soll sogar welche gegeben haben, die Herrn Häßler sagten, sie seien anderer Meinung und der Verfassungsentwurf sei doch gar nicht so schlecht. Der Herr soll dem Buschfunk nach etwas durcheinander gewesen sein. Ob das der Grund war, daß Herr Häßler die Einladung zum PDS-Frühschoppen über den Brandenburger Verfassungsentwurf (wenige Tage später) lieber sausen ließ?

Drastisch ausgedrückt

Ein prominenter Cottbuser Stadtverordneter, der nicht der PDS, allerdings auch nicht der CDU angehört, soll sich herausgenommen haben, seine Gedanken über die CDU im Lande Brandenburg nicht nur im stillen Kämmerlein laut zu sagen. Nach ganz unmaßgeblichen Gerüchten sollen sie etwa folgendermaßen gelautet haben: Wie es aussieht, wird sich die CDU im Lande wohl in zwei Lager spalten. Der eine Teil hat das Denken nicht aufgegeben und verleugnet deshalb auch nicht seine Vergangenheit vor dem Herbst 1989. Der andere Teil aber sieht sich unentwegt um, wo das nächste West-Arschloch ist, in das man reinkriechen kann ...

14. Juni: Volksentscheid

Hand aufs

Mieten hoch - wo bleiben die Einkommen?

Herzblatt befragte Cottbuser

Wolfgang Maßreich:
Wissen Sie, ich bin so voll Wut, weil das BRD-System, das uns übergestülpt wurde, bis jetzt kaum etwas von dem gehalten hat, was es versprach! Klar ich verdiene, aber ich gehöre zu den vielen, die es noch nicht über 2000 DM Brutto gebracht haben. Und das bei drei Kindern! Selbst wenn ich Wohngeld bekomme, das Loch im Familienhaushalt ist nie auszugleichen.

Marina Hirsch:
Was die Schwaetzern so daherredet! Erst sagt sie, 92 gibt's keine Mieterhöhung, und dann kommt sie knallhart einen Tag später! Da kann ich nur lachen!

Helga Schühmann, arbeitslos: Und ich könnte heulen! Ich krieg keine Arbeit mehr, wovon soll ich Miete bezahlen? Sozialhilfe? 495 DM? Da kann ich mir gleich 'nen Strick nehmen.

Leopold Mrowitzky:
Mieterhöhung? Ist eben Marktwirtschaft. Man muß clever sein, dann kann man's auch zahlen. Wo ich arbeite? Immobilien. Da kann man schon was verdienen.

Annely Richter, Stadtverordnete: Ein Eklat! Was im Einigungsvertrag steht, ist in den Wind geschrieben! Die Ost-Gehälter betragen nicht einmal die Hälfte der West-Einkommen, an der Ausstattung der Wohnungen fehlt's überall. Mieterhöhung ohne Gegenleistung können wir uns nicht bieten lassen.

Herbert Lahmann:
Den Rentnern wie mir, den Arbeitslosen und Vorruheständlern geht's am dreckigsten, wenn die Mieten wieder erhöht werden. Da sind sie im Westen stolz drauf, daß bei uns die Mieten erst angeblich 12 Prozent und im Westen schon 25 Prozent des Einkommens betragen. Aber erstens stimmt das nicht - ich bezahle bereits ein Viertel von meiner Rente (1200 DM) für die Miete! Und zweitens: Es dürfte doch wohl ein Unterschied sein, ob man ein Viertel von 3000 DM oder von 1000 DM Einkommen für die Wohnung braucht! Ich geh mit nach Bonn protestieren!

Kerstin Kircheis vom Cottbuser Mieterbund:

WIR HALTEN DAGEGEN!

- Was unternimmt der Cottbuser Mieterbund gegen den erneuten Anschlag auf die Taschen der Mieter?
Vom 9. - 11. Juni sind wir Cottbuser mit bei der Mahnwache des Mieterbundes Brandenburg in Bonn. Die Mahnwache soll insgesamt drei Wochen bleiben.
- Was halten Sie von dem, was Bonn über die Mieter verfügen will?
Das ist wie ein schlechter Witz! Ein Jahr und drei Monate nach der ersten drastischen Mieterhöhung ist klar, daß die Mieter gleich viermal zur Kasse gebeten werden: erstens durch die gehabte Mieterhöhung, zweitens trifft es erneut die, die schon in einer modernisierten Wohnung leben, noch härter als die anderen, drittens ist mit Nachforderungen bei den Betriebskosten zu rechnen, viertens soll nun ab Januar diese neuerliche, für viele überhaupt nicht zu verkraftende Belastung der Haushaltskasse kommen - wir halten dagegen!

Als Ruine stellt sich das Haus des Handwerks auf dem Altmarkt dar, das innerhalb von zwei Jahren wieder aufgebaut werden sollte. Seit Monaten rührt sich keine Hand, weil eine Bebauungsgenehmigung fehlt und die Bodendenkmalspflege die "grüne Ampel" wieder auf "rot" gestellt hat. Was soll werden?

Mathe? 6!

Eklat bei Abstimmung zur Energieversorgung

Zum Eklat kam es in der Stadtverordnetenversammlung Ende Mai im Zusammenhang mit Abstimmungen über den 20-Jahre-Konzessionsvertrag mit der ESSAG. PDS/LL und Bündnis für Cottbus favorisieren Stadtwerke, um Preisdiktatur durch die ESSAG auszuschließen. Bei künftigen Stadtwerken könnten die Energie-Gewinne zugunsten der Heizungskosten und evt. zur Unterstützung des Nahverkehrs im Sinne der Bürger umverteilt werden.
Bündnis beantragte, die Verhandlungen mit den Rheinisch-Westfälischen Energiewerken und der ESSAG abzubrechen und alternative Partner zu suchen. Die Abstimmung darüber (24 dafür, 25 dagegen) war offensichtlich falsch ausgezählt worden. Gegen mehrere Aufforderungen, sie zu wiederholen, wehrte sich der Präsidiumschef: "Wir fünf im Präsidium haben richtig gezählt!" Es saßen aber nur vier im Präsidium ... Mathe 6!
Die erzwungene Wiederholung ergab dann: 28 für den Abbruch der Verhandlungen, 16 dagegen! Damit wird der Weg frei für günstigere Konditionen.
Zum schlampigen Umgang mit der Geschäftsordnung aber kann man nur den Kopf schütteln!

Von goldenem Boden kann wohl kaum die Rede sein

Woran hier das Handwerk krankt

Es ist noch gar nicht allzu lange her, da schätzte der Präsident der Cottbuser Handwerkskammer, Werner Schröter, vor der Vollversammlung ein, daß die Entwicklung des Handwerks in der Cottbuser Region alles andere als rosig sei. Immerhin ständen 1053 Zugänge von Handwerks-Niederlassungen im vorigen Jahr in der Region Cottbus zugleich auch 815 Abmeldungen gegenüber. Nicht nur Altersgründe waren dafür ausschlaggebend, sondern vielmehr noch Resignation in einigen Berufszweigen wie im Textil-. Leder- und auch Bekleidungshandwerk. Immerhin sprachen 20 Prozent aller Handwerksbetriebe, es gibt nahezu 5300, von einer schlechten Auftragslage, und 47 Prozent sprachen von einer befriedigenden. Man könne hierzulande also nicht davon sprechen, daß das Handwerk goldenen Boden habe. Höchstens Doublé sei es, was da glänze.
Überhaupt hatte Werner Schröter Grund zum Klagen. Hohe Mieten in den Städten für Gewerberäume und in den Gewerbezentren, die allerorts auf der grünen Wiese entstehen - wohl mehr geeignet, die Städte zu entblößen von Handwerk und Gewerbe -, schreckten Handwerker ab, sich Gewerberäume zu mieten. Und die vielversprochene Unterstützung der Kleinbetriebe als eine der Säulen der Marktwirtschaft durch Bund, Land und Kommunen habe sich als Seifenblase erwiesen. Wie anders z.B. sei in Cottbus die Tatsache zu deuten, daß der Antrag der Kammer, in der ehemaligen Paul-Hornick-Kaserne ein Ausbildungszentrum sowohl für die Lehrlings- als auch die Gesellen- und Meisterweiterbildung zu schaffen, bis heute noch nicht entschieden ist?
Auch der Wiederaufbau der Handwerkskammer im Herzen der Stadt erwies sich als Flop ohnegleichen. Nur weil der Alteigentümer des Nachbargrundstückes wohl aus Gnatz darüber, daß er das Haus 16 nicht zurückerhält, die Unterschrift zur Grenzbebauung verweigert, und wegen eines Vetos der Bodendenkmalpflege herrscht Ruhe. Wer kann es ob diesen Hickhacks den Cottbuser Handwerkern verdenken, daß sie sauer sind?

-ge

Herr Wonneberger hat's drauf!

Eingeladen hatten eigentlich die sozialdemokratischen Frauen zur Diskussion über den § 218. Aber Herr Wonneberger, Bundestagsabgeordneter der CDU, brachte es fertig, jegliche Politprominenz zu übertrumpfen. Seine überzeugende Argumentation reizte die anwesenden Bürger bis zur Weißglut, so daß sie in kurzer Zeit, im 89er Stil vereint, in Herrn Wonneberger ihren einzigen Gegner gefunden hatten. (Er sollte Kanzlerkandidat werden, er versteht es, die Massen zu vereinigen!) Andere Personen im Forum waren für ihn unwichtig - er brauchte die Hälfte der Zeit, sich zu rechtfertigen, und in der anderen Hälfte hätte er gern noch sein Parteiprogramm vorgestellt. Aber dazu ließ man ihn ja nicht kommen ...

Schließlich tat er so, als müsse er für alle denken. Als eine sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete meinte, über den § 218 sollten eigentlich nur Frauen abstimmen (stammt bekanntlich von Gregor), entrüstete er sich: "Das geht ja wohl so nicht, da könnten WIR (MÄNNER) ja auch sagen, die Frauen dürften über Atomkraftwerke nicht abstimmen!" Ist ja logisch, denn welche Frau hat schon Ahnung von der Physik! So ist er natürlich auch für die Zwangs- oder Pflichtberatung. (Schon das Wort vergewaltigt die deutsche Sprache ...) Warum er dafür ist, verstand ich nicht so recht (steht halt im Parteiprogramm!). Wahrscheinlich kann er sich nicht vorstellen, daß eine Frau weiß, was sie macht, wenn sie ein Kind abtreiben läßt, und auch nicht, daß jeder Arzt ganz selbstverständlich auf mögliche Folgen aufmerksam macht.

Gesagt hat er jedenfalls, er sei gegen § 218 und für eine "freiere" Abtreibung. Aber warum? Argumente wie "Selbstbestimmung der Frau" oder "Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau" waren von ihm nicht zu hören. Da habe ich versucht, seine Gründe unter dem Gesichtspunkt der Marktwirtschaft zu begreifen, und richtig, es klappte! Als ein junger Mann meinte, mit dem, was die meisten im Osten verdienen, könnte sich eine junge Frau gar kein Kind leisten, entgegnete der Herr: "Deswegen kann sie ja das Kind abtreiben!" Nun dämmerte mir, warum Herr Wonneberger für Abtreibung ist. Spart man doch Kindergeld, Kindertagesstätten, Schulbildung. Grund für die CDU, bei der § 218-Debatte einzulenken ...

Eigentlich schade, dachte ich am Anfang, daß so wenig Bürger bei der Diskussion dabei sind. Aber verpaßt hat eigentlich keiner was. Zum Schluß waren wir auf 180, und Herr Wonneberger sah zu, daß er Land gewann. Trotzdem, wer mal Frust ablassen will, gehe zu Herrn Wonneberger. Es sei denn, er redet gleich mit einer Wand!

Andreas Rothe

Eine-Welt-Laden will sein:

Kap der Hoffnungen

"Wir wollen, daß die Menschen der dritten Welt wie Menschen leben können", ist eine Aussage von Heiko Niemann, der mit weiteren jungen und älteren Leuten zumeist in ehrenamtlicher Arbeit den Eine-Welt-Laden (Foto rechts) betreibt. "Wir verkaufen hier Erzeugnisse aus der dritten Welt zu einem realeren Preis als jener, der durch die sogenannten Weltmarktpreise, diktiert von den Monopolen, erpreßt wird und den Menschen Hunger bringt", eine weitere. Und eine dritte nennt er: "Wir wollen auch über diese Länder informieren und laut sagen, woher Hunger und Elend kommen." Deshalb ist der Eine-Welt-Laden in der Straße der Jugend, in dem Kaffee aus Afrika, Juteerzeugnisse aus Bangladesh, Kakao und Gewürze aus Lateinamerika und vieles andere angeboten werden, zugleich auch an vielen Abenden Treffpunkt Interessierter.

"Wir wollen ein Kap der Hoffnungen sein", unterstreicht Heiko Niemann.

Nicht auszudenken, Herr Minister ...

Dieser Tage las ich in einer der Cottbuser Werbezeitungen, ich glaube, es war das "Cottbuser Wochenblatt", einige "Bemerkungen" von "Linda" zum harten Sparkurs des Herrn CSU-Finanzministers Waigel. Das beginnt mit dessen Planung, 200 Abgeordnete einfach abzuschaffen. Dabei hat der CSU-Politiker doch nicht etwa den Abbau der Demokratie im Visier? Will er auf kaltem Weg die Kleinen abschaffen, die Grünen und die Linken? "Linda" beschäftigt sich nicht mit solchen banalen Fragen, er (oder sie?) müßte wohl dann etwas tiefer in die Hintergründe hineinleuchten. Was "Linda", wohl auch satirisch, zur "Vereinigung" der Ministerien sagt, kann man wohl akzeptieren, denn 40 Millionen Mark am Wasserkopf, den wir früher schon immer bekrittelten, einzusparen, ist schon eine Menge Geld.

Unersättlich ist der Finanzminister, um im Zusammenwirken mit Arbeitsminister Blüm den kleinen Leuten das wenige Geld noch "gerechter" aus der Tasche zu ziehen. Doch wie wärs, wenn der (oder die) Kolumnist(in) der "Wochenblatt"-Bemerkungen im Namen von Tausenden Cottbuser Arbeitslosen, Umschülern und in Ruhestand geschickten Herrn Waigel raten würde, das Kriegsministerium des Herrn Rühe gleich mit zusammenzulegen? Nicht auszudenken, wenn statt des Jägers 90 und anderer nutzloser Waffen mindestens 90 Kindertagesstätten in jeder Großstadt erhalten blieben!

Christa Peters

drücken

Auch Kleingärtner haben Fragen

Für uns Kleingärtner gilt heute das Bundeskleingartengesetz. Gottseidank gibt es einen Beitrittsparagraphen 20a dazu, den Wegweiser in die soziale Zukunft der Laubenpieper. Jetzt sind sie in eingetragenen Vereinen organisiert, vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Das sind ja enorme Vorteile, meint ihr? Na ja. Statt drei Alupfennig pro Quadratmeter zahlen wir jetzt 18 Kupferpfennig pro Quadratmeter. Ist noch tragbar. Über gestiegene Strom- und Wasserkosten braucht man ja gar nicht mehr zu reden. Geht uns so wie allen. Die Befreiung von der Körperschaftssteuer gewährt uns das Finanzamt. Zum Ausgleich wird aber Grundsteuer gefordert, ein Widerspruch wurde kostenpflichtig zurückgewiesen. Wir sind aber keine Grundbesitzer!

Das Neueste: Selbsterrichtete Spartenheime u.ä. befreit das Finanzamt nicht von der Körperschaftssteuer! Donnerwetter! Rechtsauskünfte (siehe NRW Heft 44) sagen etwas anderes.

Das Allerneueste: Die Stadtverwaltung fordert den Pachtzins für 1993 bereits bis zum 15.11.92. Das sei rechtens. Was soll man da sagen? Arme Kleingärtner? Arme Stadt!

G.Ma.

Unter der roten Laterne ...

Wenn's nach dem Dezernentenrat ginge, wüßten die Nutten schon, wo sie dürfen in Cottbus. Den Stadtverordneten liegt ein Papier vor, das Straßenviertel nennt, wo Straßendirnen geduldet werden: eins mitten in der Stadt, begrenzt durch Schiller-, W.-Külz-, Lausitzer und R.-Breitscheid-Straße, das andere nördlich des Cottbus-Centers. Die Nähe des Bahnhofs, zweier Theater, Kindereinrichtungen beeindruckte die Stadtväter nicht sehr. Andere schon. Es gab Proteste, und auch die Abgeordneten schieben das Papier noch unschlüssig vor sich her.

Dabei ist die Begründung doch so einleuchtend: Marktwirtschaft pur kann man sowieso nicht verbieten, verkauft wird alles, warum nicht der weibliche Körper! Da kann man nur lachen, wenn man dran denkt, daß sich Politiker andererseits so gegen die Abtreibung aufspielen und die Frau als hehres Gefäß für's ungeborene Leben rühmen ...

Macht also fix, ihr Parlamentarier, und beschließt den Straßenstrich! Wir warten schon drauf, daß sich die Zuhälterringe um die Häuser in den umgrenzten Gebieten raufen und die Kriminalität neue bunte Blüten treibt. Schließlich wollen wir Cottbuser nicht nur als erste möglichst viele Supermärkte, als erste die Buga, nein, wir wollen auch als erste erlaubte Huren!

Geka

Geschäftsuntüchtig

Frage: Herr Kittner, so richtig toll finden Sie also die Art nicht, wie die Ex-DDR-Menschen verwestlichen? **Antwort:** Die sind zu wenig geschäftstüchtig. Ich habe unlängst in Dresden gespielt, in der Herkuleskeule, das war früher am Hans-Beimler-Platz, jetzt heißt er Sternplatz. Warum bloß haben die Dresdner das Straßenschild nicht gewinnbringend verkauft? **Frage:** Verkauft? An wen bitte? **Antwort:** Nach München! Dort hat der Stadtrat nämlich jetzt eine Hans-Beimler-Straße eingeweiht!

(Nach einem ND-Gespräch mit dem Kabarettisten Dietrich Kittner)

Aha!

Vor jeder Bundestagssitzung holt Rita Süßmuth einen Zettel aus dem Safe, liest ihn, sagt "Aha" und schließt ihn wieder ein. Der Volker (Rühe) will das Geheimnis lüften und knackt den Safe. Er liest Kohl=CDU; Engholm=SPD.

Hassen sie sich ?

Die Ossis die Wessis und umgekehrt? Klar, das Verhältnis ist schon gespannt. Und die Ursachen kennt jeder: Soziales Unrecht, zu späte Erkenntnisse, starres Verhalten im Einigungsprozess.

Aber Haß trägt nicht, auch wehleidiger Rückblick nicht. Was tun? Erst einmal geduldig zuhören. Dann wird man merken, daß es auch Ossis gibt, die eigentlich Wessis sind und umgekehrt. Mancher Ossi schwäbelt und mancher Wessi sächselt. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

G. Ma.

Das Letzte

Kohl und Möllemann beim Einkaufsbummel. "Was wollen die Leute eigentlich?" empört sich Kohl vor einem Geschäft. "Oberhemd 40 Mark, Hose 70 Mark." - "Komm bloß weiter", zischte Möllemann. "Du stehst vor einer chemischen Reinigung."

PDS - Speisekarte

Lieber 'ne Rote Rübe als fetten Kohl!

Zu einem deftigen Saumagen gehört ein herber Rotwein.

Besser Pe-De-ESsen als den Gürtel enger schnallen.

W. Reuter

"Ich habe auch meinen festen Standpunkt", sagte der Wetterhahn und drehte sich fleißig nach dem Winde.

*

Der Dummheit sind Grenzen gesetzt, aber die sind leider unbewacht.

*

Leitende Persönlichkeiten haben oft die fixe Idee, daß mit dem Wert ihrer Büroeinrichtung ihre persönliche Bedeutung steigt. Um auf dem Teppich zu bleiben, bedarf es jedoch keiner Perserbrücke.

G. Ma.

Blümerant
Das Veilchen wird oft übersehn.
Dem Volk scheint's ebenso zu gehn.

Ankreuzen und hin !!!

Termine Im Juni

05.06. 18.00 Uhr
AG Junge GenossInnen
PDS - Geschäftsstelle

10.06. 15.30 Uhr
Beratung Kreisschiedskommission
PDS - Geschäftsstelle

11.06. 09.00 - 11. 00 Uhr
Rentnerberatung
PDS - Geschäftsstelle

11.06. 18.00 Uhr
öffentliche Sitzung der Fraktion PDS/LL der SVV gemeinsam mit dem Kreisvorstand

12.06. 18.00 Uhr
AG Junge GenossInnen
PDS - Geschäftsstelle

16.06. 10.00 Uhr
Überregionaler Erfahrungsaustausch der AG SeniorInnen
PDS - Geschäftsstelle

16.06. 17.00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
PDS - Geschäftsstelle

17.06. 17.00 Uhr
Regionalberatung des Landesvorstandes PDS

18.06. 09.00 - 12.00 Uhr
Rentnerberatung
PDS - Geschäftsstelle

18.06. 17.00 Uhr
AG Wirtschaftspolitik

19.06. 18.00 Uhr
AG Junge GenossInnen
PDS - Geschäftsstelle

21.06. 10.00 Uhr
Politfrühschoppen zum Thema "Was bewirkt die Volkssolidarität heute?" Club der Volkssolidarität, R.-Breitscheid-Str.69

23.06 19.00 Uhr
Stadtteilberatung Ost
7. Grundschule 24.06. 19.00 Uhr
Kreisaktivtagung
Kulturhaus Bonnaskenplatz

25.06. 10.00 - 12.00 Uhr
Rentnerberatung
PDS - Geschäftsstelle

28.06. 10.00 Uhr
Politfrühschoppen zum Thema "Der Bundeswehrverband stellt sich vor" Club der Volkssolidarität, R.-Breitscheid-Str. 69

30.06. 17.00 Uhr **Kreisvorstandssitzung** PDS-Geschäftsstelle

Wegen des Pfingstfeiertages und der Volksabstimmung zur Brandenburger Verfassung finden am 7. und 14. Juni keine Politfrühschoppen statt.

Herausgeber: Kreisvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Siegfried Dilk, Breitscheidstraße 11, Büro des PDS-Kreisvorstandes, O-7500 Cottbus